

HANSGÜNTER MEYER

Hochschulen im Wandel – Richtungen, Holzwege, Zukunftschancen

Wachstumsschübe und Stagnation – die universitäre Dauerkrise in Deutschland

Der Diskurs über Bildung im kommenden Jahrhundert und – was hier unser engeres Thema anlangt – über die Universitäten und Hochschulen ist ein Diskurs über eine Gesellschaftskrise eigener Art. Man soll bei einer solchen Bestimmung nicht erschrecken, denn Krisenzustände in der Gesellschaft sind das Normale, man muß es nur einsichtig und beiläufig formulieren und keine Apokalypse versprechen. Zudem: Hochschulen und Wissenschaft befinden sich immer in der Krise. Das ist sozusagen ihre Existenzweise seit altersher, was sich von ihrer frühesten Zeit, in den Kalifen- und Maurenreichen, über den Streit von Kaiser und Papst um die Zuständigkeit und Privilegierung der Universitäten bis in jüngste Entwicklungen hinein nachweisen ließe.

Die für die heutige Situation der Universitäten maßgeblichen Strukturen und die daraus erwachsenden Probleme stammen größtenteils aus einer Zeit, als der technisch-wirtschaftliche Aufschwung einen großen Bedarf an naturwissenschaftlichem Wissen hervorbrachte. Die Universitäten mauserten sich aus Stätten der Schriftgelehrsamkeit zu Zentren mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung, und die Naturwissenschaften wurden zum Modell dafür, was genuines wissenschaftliches Denken ist. Nach langer Zeit als Anhängsel der Philosophie emanzipierten sie sich nun von ihr und bildeten eigene, stürmisch prosperierende Fakultäten. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten die Universitäten schließlich eine Verfassung gefunden, die der Rolle von Wissenschaft und Forschung in einer technisch und wirtschaftlich prosperierenden Gesellschaft entsprach.

Das änderte sich rasch in den ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zeitlich parallel und ursächlich verbunden mit Beginn und Verlauf des Ersten Weltkrieges setzte in Deutschland ihr allmählicher Niedergang ein, der bereits kurz nach 1933 verheerende Formen annahm und 1945 für Wissenschaft und Universitäten zur Katastrophe ausartete. Tausende Wissenschaftler wurden von den Nazis ermordet oder verließen mehr oder weniger freiwillig Deutschland. *Dieter Hoffmann* (1987) schätzt die Gesamtzahl der von den Nazis eliminierten namhaften deutschen Wissenschaftler auf über 2.500, was einem Drittel des deutschen Wissenschaftspotentials entsprach. Obgleich nach 1945 ein rasches Auffüllen des Ersatzbedarfs stattfand, hat sich in qualitativer Hinsicht – das heißt auch in ihrer Weltgeltung – die deutsche Wissenschaft von diesem Aderlaß nie wieder erholt (vgl. Laitko 1987a; Laitko et al. 1987b).

Hansgünter Meyer – Jg. 1929, Prof. em. Dr. phil. et rer. oec. habil. Studium der Gesellschaftswissenschaften 1954-1958 an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1960-1965 Forschungs- und Lehrtätigkeit an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Promotion 1964, 1975-1988 Gastvorlesungen an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort Habilitation 1969 (zus. mit Manfred Lötsch). 1965-1991 Akademie der Wissenschaft der DDR, 1973 Professur, Abteilungs- bzw. Forschungsthemenleiter für Sozialstrukturforschung und Wissenschaftssoziologie, 1992-1995 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1990-1993 Vorsitzender der Gesellschaft für Soziologie der DDR/Ostdeutschland. Seit 1993: Vorsitzender des Wissenschaftssoziologie und -statistik e.V. Berlin.

Nach der jüngsten Episode deutscher Universitätsgeschichte kann redlicherweise jedoch nicht mehr davon ausgegangen werden, daß *Hoffmanns* Bewertung, es handelte sich seinerzeit um einen geschichtlich präzedenzlosen Vorgang, länger aufrechterhalten werden kann. 1991 begann in großem Umfange das, was in der deutschen soziologischen und politischen Literatur apologetisch als »Elitenzirkulation« bezeichnet wird. Man hatte sich in der politischen Klasse darauf verständigt, daß das Hochschulpersonal der DDR so intensiv kommunistisch infiltriert und so weit von wissenschaftlichen Standards entfernt ist, daß es, mit Ausnahmen, für die sogenannte Erneuerung der ostdeutschen Hochschulen als nicht geeignet betrachtet werden muß.

Was der gesamtdeutschen Substanz der Universitäten und Hochschulen durch dieses Vandalentum verloren ging, ist noch nicht exakt bilanziert worden, bleibt aber eine wissenschaftshistorische Anstößigkeit, die um so nachhaltiger eine Bewertung verlangt, weil es dem Wesen von Wissenschaft widerspricht, wissenschaftsgeschichtliche Sachverhalte zu klittern und ihre Bedeutung von Politik und Ideologie bestimmen zu lassen. Während in der außeruniversitären Forschung eine einigermaßen gründliche Evaluierung durch westdeutsche Kommissionen (unter formaler Hinzuziehung einiger Ostdeutscher) vorgenommen wurde, was zwar die Wissenschaftlerpersönlichkeiten etwas geschont, den Institutionenzusammenbruch und die nachfolgenden Massenentlassungen aber nicht verhindert hat, agierten in den Hochschulen – angesichts der vorliegenden Erfahrungen ist es berechtigt zu sagen – *dubiose* Gremien, ferner Eignungs- und Ehrenkommissionen, die fragwürdige Entscheidungen über eine Weiterbeschäftigung trafen (zu den Konsequenzen vgl. Tabelle 1).

*Tabelle 1: Stellen- und Personalabbau an den ostdeutschen Hochschulen (Mittelbau und nichtwissenschaftliches Personal ohne Hochschulmedizin**)*

Personalgruppe	Bestand 1989	Bestand 1993	Verlust	Verlust in Prozent*
Professoren und Dozenten***	7.325	6.400	925	12,6
Mittelbau	24.400	10.200	14.200	58,2
Nichtwissenschaftliches Personal	34.750	17.050	17.700	50,9
Gesamt	65.700	33.650	32.050	48,8

Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben der KMK. (Schramm 1993)

* Der Verlust ist nur »tabellen-akribisch« ausgewiesen, denn im 1993er Bestand sind diejenigen Personalzuführungen bereits enthalten, die nach der Entlassung von Personal mit DDR-Karrieren aus westdeutschen Ländern rekrutiert wurden. Die Eliminierung von DDR-Professoren betrug in Wirklichkeit über 60 Prozent. Das sind etwa 4.500 Personen. Auch im Mittelbau, in dem nur wenig Westdeutsche Platz gefunden hatten, war die Verlustquote größer, als es in der Tabelle scheint. Wenn man von 16.000 im Mittelbau Ausgeschiedenen ausgeht, ist man im Bereich einer vorsichtigen, aber realen Schätzung.

** Zu diesen Verlusten an Hochschulpersonal kam der Abbau erheblicher Teile des *wissenschaftlich tätigen* hochschulmedizinischen Personals hinzu, das zu DDR-Zeiten 2.700 Personen umfaßte. Die Verluste überschritten hier 60 Prozent bei weitem.

*** Die Dozenten an DDR-Universitäten und Hochschulen entsprechen etwa bundesdeutschen C3-Professoren.

Den Vogel bei der Schmähung der ostdeutschen Wissenschaftler schoß unzweifelhaft der FU-Professor *Arnulf Baring* (1991) ab, als er in seinem, finstere Visionen ausbreitenden Buch *Deutschland, was nun?* schrieb: »Ihre Schulen waren keine Schulen, ihre Universitäten waren keine Universitäten ... sie müssen völlig von vorn anfangen« ... Indianer, fügen wir hinzu, die es aus einem anderen, zumindest atavistischen Weltalter in die gepflegte bundesdeutsche Hochzivilisation verschlagen hat, Menschen die »verzweigt« worden sind, deren »Wissen ... auf weite Strecken völlig unbrauchbar (ist)« (Baring 1991: 59).

Die universitären Ereignisse nach 1990 sind aber auch deshalb von großem Gewicht, weil sie auf höchst schädliche Art und Weise den einsetzenden Reformdiskurs in der ›alten‹ Bundesrepublik unterbrechen und durch selbstgefällige, hin und wieder größtenwahnsinnige Ambitionen ersetzen. Auch ohne Berücksichtigung dieses unglaublichen Aderlasses an wissenschaftlichem Personal und Forschungskapazitäten muß zusammenfassend festgestellt werden: Nach 1945 fanden in *beiden* deutschen Teilstaaten die Universitäten und Hochschulen nicht mehr zu ihrer hervorragenden Form zurück. Die Krise wurde permanent.

Die in der DDR nach der weitgehenden Aussonderung von Nazi-Kadern und trotz Zwangsverpflichtungen von Wissenschaftlern in die Sowjetunion sowie die starke Abwanderung über die Westgrenzen (vgl. Laitko 2000) erzielten wissenschaftlichen Ergebnisse erreichten in einer ganzen Reihe von Bereichen zwar eine international beachtete Qualität, lagen jedoch nur punktuell auf dem Niveau der Weltbestandards. Die achtziger Jahre waren durch Stagnation und einen zunehmenden Verfall der Ausstattungen gekennzeichnet, auch der Ersatzbedarf an Spitzenkräften konnte immer weniger befriedigt werden.

Die Hoffnung der Ostdeutschen, nach dem Verschwinden des DDR-Staates auch die die Entwicklung hemmenden Umstände überwinden zu können und bald auf breiter Front Anschluß an das internationale Niveau zu finden, erfüllte sich nicht. Die neuen politischen Kräfte setzten auf Elitenrotation, starkes Schrumpfen der Bestände und Sparkurs. Es soll nicht verkannt werden, daß in Ostdeutschland heute ein leistungsfähiges Hochschulsystem existiert, das die überkommenen DDR-Standards weit überschritten hat, dennoch ist es in der Leistung geschmälert durch die Verflechtung von alten Entwicklungsrückständen mit Strukturproblemen und Disfunktionsen, die das alt-bundesdeutsche Hochschulwesen kennzeichnen.

Diese stammen zu einem großen Teil aus den sechziger Jahren. Damals wurde das Wissenschaftswachstum ein wichtiger Faktor im globalen Konkurrenzkampf. Kapazitäten und Potential der bundesdeutschen Universitäten und Hochschulen wuchsen bedeutend. Zwischen 1960 und 1970 expandierten die (aufgrund von statistischen Unzulänglichkeiten nur unvollständig erfaßten) Personalstärken der Universitäten und Hochschulen auf 271 Prozent bei Professoren, auf 278 Prozent bei wissenschaftlichen Mitarbeitern und auf ca. 193 Prozent beim nichtwissenschaftlichen Personal. Im Jahrzehnt 1970 bis 1980 ging das Wachstum zurück auf 184 Prozent bei Professoren, 134,6 Prozent bei wissenschaftlichen Mitarbeitern sowie ca. 155 Prozent beim nichtwissenschaftlichen Personal. Im darauffolgenden Jahrzehnt kam es schließlich zu einem Rückgang auf Größenordnungen, die Stagnation bedeuteten. Bei den Professoren findet man nun ein »Nullwachstum« auf 99,2 Prozent; 117,6 Prozent sind es bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern, ein jährlicher Durchschnitt von 1,7 Prozent (also einen Mitarbeiter zusätzlich auf ca. 60 Beschäftigte), was natürlich, mit »Wachstum« nichts mehr zu tun hat.

In Ostdeutschland, dessen Universitäten und Hochschulen für eine moderne Gesellschaft 1990 keineswegs überdimensioniert waren, verringerte sich die Professorenschaft auf etwa 60 Prozent (von

Der Beginn der achtziger Jahre markiert international das Ende des Wissenschaftswachstums. Damit beginnt das Umschlagen von stürmischen Zuwächsen in nationale Stagnationstrauma. In Deutschland fiel diese Zäsur mit der sogenannten konservativen Wende 1982 zusammen, die zusätzlich ein retardierendes Moment in die (auslaufenden) Expansionstendenzen des Hochschulwesens hineinbrachte.

7.325 auf gegenwärtig ca. 4.500). Weitere bedeutende Streichungen von Personalstellen sind angekündigt

Bildung und Gesellschaft – ein janusköpfiger Zusammenhang

Gehen wir das Thema Gesellschaft-Bildung-Universitäten ganz von vorn an oder von unten, dann ist zunächst Gesellschaft ein assoziierter Zustand von Menschen. Der Mensch ist das Produkt selbstreferentieller, kognitiv vermittelter Beziehungen seines Tuns. Davon ist auszugehen, auch wenn im Zeitalter virtueller Kulturwelten es so scheinen mag, daß man darauf nicht mehr abheben muß, daß es eventuell genügt, bis zur Marktwirtschaft zurückzugehen als dem neoliberalen Urgrund aller nennenswerten Seinszusammenhänge.

Hier wollen wir uns aber darauf beschränken, daß die geistige, die kognitive Komponente der Tätigkeit des Menschen, die von Anfang an sein Vorteil war in der Evolution, sich arbeitsteilig verselbständigte und zu einem eigenständigen, hochdynamischen Bereich entwickelte, der kreativen wissenschaftlichen Tätigkeit. Wissenschaft, stellte Marx fest, ist *allgemeine Arbeit*, die zur Verfügbarkeit durch die Gesellschaft allen konkreten Arbeiten vorgelagert ist, aus denen sie sich in einem langen Prozeß ihrer kognitiven Durchdringung herleitete (vgl. MEW 25: 113f.).

Weil Bildung aufwendig ist, ist damit immer die Frage verknüpft – heute aber in verschärfter Form, wo Geld und andere Ressourcen geheimnisvollerweise knapp sind wie nie zuvor –, »wieviel Bildung und Wissenschaft brauchen wir denn?« Jedoch ist es inzwischen gar nicht mehr so wichtig, nach dem Wieviel von Wissenschaft zu fragen, das die Gesellschaft braucht – das Vorhandensein wissenschaftlichen Wissens und seiner praxisverwendbaren Derivate ist eine *conditio sine qua non* der ganzen menschlichen Existenz. Es ist eine Zwangsvoraussetzung wie die, daß ohne freien Sauerstoff die Evolution nicht hätte stattfinden können, und daß, nachdem die Evolution selbst freien Sauerstoff produzierte, es zu einer referentiellen Abhängigkeit kam.

Die Eskalation der Evolutionsdynamik hat also ein nicht mehr umkehrbares wechselseitiges Aufeinanderangewiesensein bewirkt. Dieser Logik folgend, wäre es für die heutige Hochzivilisation ein akutes Existenzrisiko, auszuprobieren, um wieviel man das wissenschaftliche Potential und damit die Intensität des Wissenschaftsimpacts herunterfahren kann, von dem dieses ganze zivilisatorische Universum generativ abhängt.

Der Gesamteffekt der geistigen Entwicklung (nun vorhanden als Wissenschaft und Bildung) ist die Gewinnung einer größeren korporativen Effektivität in der Umgestaltung und Aneignung der Natur durch menschliche Tätigkeit. Nach der langen Geschichte seines schöpferischen »Undoing« (*J. Kingdon*) hat der Mensch heute voll zu tun, unter Aufbietung seiner ganzen wissenschaftlichen Produktivität, sein Verhältnis zur irdischen Natur wieder zu normalisieren und zugleich das Aufkommen an notwendigen Ressourcen zu vermehren. Ob die heutige Zivilisation erhalten bleibt und prosperiert oder sich in immer neuen, sinnlosen Effizienzsteigerungen zugrunde richtet, ist zuallererst eine Frage der Schaffung von wissenschaftlichen Mitteln zur Lösung existentieller Probleme.

»Die hegelianische Überheblichkeit«, meint *Wolf Lepenies* auf einem *Zukunftssymposium* in Hannover, die in der westlichen Moderne mit dem Markt als Fahnenträger das historische Klassenziel begrüße, müsse durch die »Einsicht in die Pluralität des Modernisierungsprozesses« abgelöst werden (nach Ruth Kuntz-Brunner in: *DUZ* 23/1999, S. 14).

Wissenschaftliches Wissen – Kognition, organisiert in wissenschaftlichen Disziplinen – wird zwischen den Generationen durch Bildung vermittelt beziehungsweise angeeignet. Bildung erhält damit im Laufe der Zeit den Status einer wirtschaftlich verwertbaren Ressource. Mit der umfassenden technisch-produktiven Verwertung von Wissen entstand ein Massenbedarf an Wissenschaft und damit an Trägern von wissenschaftlichen Kenntnissen. Zugleich wuchs das Erfordernis nach Wissenschaft und entsprechender Bildung über die Verwendung in der Produktion hinaus zu ihrer Verwendung in tertiären Bereichen. Wissenschaftliche Kognition und ihre *Vermittlungsform*, Bildung, mündet, was aus vorhergehendem folgt, in einen exzessiven Wachstums- und Verbreitungsprozeß, in dem sich Wissen respektive Bildung nicht nur als eine äußerst nachhaltig wirksame, sondern auch als eine sehr preiswerte Ressource erweist.

Wissenschaft und Bildung sind jedoch eine ungleich verteilte soziale Ressource. Sie wird angeeignet mit dem Ziel, soziale Ungleichheit für sich auszugleichen, ist also vorzugsweise ein Bestreben derer, die keine anderen Ressourcen geerbt haben und keine andere Ressourcenbildung vornehmen können. Dieses Bedürfnis, sich solche Ressourcen anzueignen, übersteigt inzwischen das volkswirtschaftliche Bedürfnis nach ihnen – jedenfalls soweit es der Arbeitsmarkt vermittelt – beträchtlich. Das hat in nicht geringem Umfang sowohl mehr Gleichheit hervorgebracht, insofern eine wachsende Zahl von Menschen an einem gehobenen Lebensstil und Lebensstandard teilnehmen, soziale Prozesse mitgestalten können, die Abgehobenheit von Eliten durch die Masse hochrangiger Bildungspotentiale relativiert wird und anderes mehr; hat auf der anderen Seite aber auch neue Ungleichheiten gefördert.

Die Lohnabhängigen sind aufgespalten, das ist ein erster gravierender Tatbestand. Die Hochqualifizierten verdienen mehr. Die auf dem Niveau von »Angelernten« Beschäftigten (das heißt ohne Abschluß, aber nicht unbedingt in völlig unbedarften Hilfsprozessen) gleich 100 gesetzt, verdienen die Hochschulabsolventen in Deutschland 205, in Großbritannien 239, in den USA 256 Prozent (vgl. DUZ 6/1999: 7). Diese Differenz ist jedoch niedriger als früher. Für 1976 wurde (für Deutschland) ein Unterschied von 243 Prozent gemessen. Weiter (geschichtlich) zurückgreifende Untersuchungen berichten über Unterschiede bis zu über 400 Prozent. Der Rückgang ist also bedeutend – und die Differenz wird sich vermutlich weiter und weiter abbauen bis auf eine imaginäre Größe, wo sie als soziales Trauma nicht mehr relevant ist (vgl. Windolf1990: 233f.).

Das aber schließt nun nicht aus, daß sich die Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppen von Hochqualifizierten vergrößern. Sie werden sich, mangels günstigerer Angebote, trotz gleichen Qualifikationsniveaus, über eine Unzahl von Bereichen mit den unterschiedlichsten Qualifikationsanforderungen zerstreuen, bis weit in Anlern Tätigkeiten hinein und dort für eine Verdrängung der weniger Qualifizierten sorgen. Damit geht auch die Zersplitterung der sozialen Schicht der Lohnabhängigen weiter. Denkbar ist eine Tendenz zu einer Art doppelter Polarisierung der ganzen Gesellschaft: in höherwertige und geringerwertige Qualifikationen, in mit Arbeitsplätzen Versorgte und in chronisch Arbeitslose.

Anfang der sechziger Jahre betrug in der BRD der Anteil der Hochschulabsolventen etwas unter fünf Prozent eines atJ.* Seit den späten sechziger Jahren hat sich in der öffentlichen Meinung der Erwerb einer Hochschulqualifikation als private Ressourcen-Bildung im Wirtschafts- bzw. im Verdrängungswettbewerb und als Schubkraft des persönlichen Aufstiegs weithin durchgesetzt. Aus den damaligen fünf Prozent sind inzwischen einige 20 Prozent geworden und die Tendenz des kommenden Jahrhunderts geht auf 30 Prozent und mehr zu. Die Zahl der erfolgreichen Abschlüsse eines Studiums liegt jedoch weit darunter, insbesondere in Deutschland.

(*atJ – »alterstypischer Jahrgang«; Frequenz eines Geburtenjahrganges. Statistischer Begriff, nach dem errechnet wird, wie hoch, wenn das Lebensalter für die Betrachtung wichtig ist, der Anteil von Personen mit bestimmten sozialen Merkmalen in der Gesamtheit ausfällt. Die Häufigkeit des Abiturs zum Beispiel kann man nicht auf die gesamte Bevölkerung oder »alle Jugendlichen« beziehen.)

Den von *Windolf* vermuteten Prozeß, der hier und da die Besitzstände der überkommenen Eliten untergräbt, sollte man sich weder als zu einfachen, noch als allzu verwickelten Vorgang vorstellen. Die Angehörigen etablierter Eliten empfinden keine existentielle Furcht, weil eine nach Ressourcen gierende »Masse« auf sie zukäme, sondern sie sehen den ganz selbstverständlichen Zustand der Weltbedeutung ihres Milieus, ihrer geistigen oder nationalen oder industriellen Kultur in Gefahr (zum Beispiel, daß Humboldt an deutschen Universitäten nichts mehr gelte, daß »deutsche Schüler bei internationalen Wettbewerben« immer schlechter abschneiden, Sportler in Sydney acht Medaillen weniger als in Atlanta erringen, den Deutschen einige Tausend Computer-Experten fehlen etc.). Sie reagieren nicht hysterisch-paranoisch, sondern kalt rechnend. Der Ansturm auf die Hochschulen findet bei ihnen keine ungeteilte Zustimmung, die wachsenden Mittelanforderungen werden – ohne nähere Begründung – zurückgewiesen und es wird die Losung ausgegeben, »mehr Leistungen für weniger Geld«. Man macht sich immer weniger Mühe, ein solches Desaster mit den Bedingungen des Standorts Deutschland zu begründen. Die vorherrschende Entscheidungslogik lautet: Basta! – die Politik erhält den Auftrag, mit Hilfe des Fiskus die weitere Expansion des Hochschulwesens einzudämmen.

Damit verlagert sich das Paradoxon der Bildungsexpansion auf eine neue Handlungsebene. Der sich selbst überlassene Arbeitsmarkt ist außerstande, den kulturellen Ansprüchen einer modernen Gesellschaft und einer zu fordernden Sozialverträglichkeit in ihr gerecht zu werden. Die neoliberale Erwartung, daß mit dem Zurückfahren der Anzahl von Hochqualifizierten die Dinge sich von selbst richten, ist eine Illusion. Die aus den Bedürfnissen der modernen Gesellschaft hervorgehende starke Bildungsdynamik ist einerseits ein spezifischer Entwicklungsvorteil, zugleich aber eine gewaltige Herausforderung und Belastung für die öffentlichen Haushalte, die Wissenschaft und Hochschulen aufbauen und unterhalten müssen. Darüber hinaus stellen sich kulturelle und soziale Ansprüche ein, deren Einordnung in die sozialen Strukturen spezielle Mittelaufwendungen und Steuerungsfähigkeiten erfordert. Beide Leistungen könnte aber eine moderne Gesellschaft erbringen, weil mit wachsender Bildung und Hochqualifikation so großer Bevölkerungsteile und mit einem schier unerschöpflichen Arbeitsangebot auf mittlerer und unterer Ebene alle Voraussetzungen gegeben sind, umschichtbaren gesellschaftlichen Reichtum und disponible Ressourcen zu schaffen. Im Falle des Mißlingens (und genau dort wird die neoliberale Sackgasse enden) wird die moderne Gesellschaft einer superreichen Großfamilie gleichen, deren moralisch-sozialer Zusammenhang sich in Exzessen von Ausgrenzung, Gewalt, Haß und allerlei Perversitäten zersetzt.

Bildung als Struktureffekt

Die Grundlage des (neo)liberalen Verständnisses von Gesellschaft ist die soziale Differenzierung nach dem Eigentum und die maximale Eigentumsverwertung durch die Eigentümer-Akteure. Dieser Vorgang selbst wird durch sogenannte Marktkräfte, die zugegebenermaßen blind und eben deshalb gerecht, unparteiisch und effektiv

Anfang Dezember 2000 wurde im Bundesland Sachsen vorgeführt, wie dieser Mechanismus funktioniert: Ein Gremium, das sich erklärtermaßen nur aus Nichtlandeskindern zusammensetzt, also eine an Beratungstischen agierende, dezidiert bürokratische Behörde, setzt die Forderung nach Reduzierung des sächsischen Hochschulwesens um 1.715 Stellen in praktische Regelungen um. Das sieht dann so aus, daß die aus guten universitären Gründen seit Jahrzehnten an den Technischen Universitäten etablierten Geistes- und Sozialwissenschaften abgeschafft werden. Was das Land braucht, sind ein-spurige Fachleute, Spezialisten, festgelegt auf ein enges, kostengünstig vermitteltes, zugleich unmittelbar verwertbares Expertenwissen. Was wegrationalisiert werden soll, ist das universitäre Denken – in diesem Fall die historische Errungenschaft der Volluniversität.

sind, reguliert. Abgefedert wird der so ausgelöste allgemeine Verdrängungskampf durch Steuerungen (Umverteilung von Erträgen in Geldform), die die soziale Verträglichkeit des Ganzen gewährleisten (sollen). Weitere Steuerungen zur Zivilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Eigentümer-Akteure ergeben sich durch parlamentarische Verfahren und den Rechtsstaat.

Die Hauptstrukturachsen liberalistisch (kapitalistisch) verfaßter Gesellschaften sind also das Eigentum, sowie die Entgegensetzung von geistiger und körperlicher Arbeit. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verschiebt sich eine dieser Achsen durch die wissenschaftlich-technische Revolution. Während die Differenzierung nach dem Eigentum bestehen bleibt, verwandelt sich die Hauptachse der Arbeitsteilung als Gegensatz körperlicher und geistiger Arbeit durch den technischen Prozeß in den Gegensatz von kreativer und repetitiver Tätigkeit. Kreative und repetitive Tätigkeit bilden dabei ein Kontinuum, bei dem von links nach rechts die kreativen Elemente abnehmen und die repetitiven zunehmen. Dieser Modernitätsprozeß, in dem stets starke Turbulenzen stattfinden werden, erfordert ein wachsendes Bildungsniveau aller Mitglieder der Gesellschaft auf der Grundlage eines starken Hochqualifikations- beziehungsweise Hochbildungssektors.

Allerdings lassen sich die durch Eigentumsunterschiede gegebenen sozialen Differenzierungen sowie ihre weitgehenden Folgen in absehbarer Zukunft nicht überwinden. Der gegenwärtige Trend zur ständigen Ausgliederung von lebendiger Arbeitskraft mündet ein in einen hoch bleibenden Sockel von Arbeitslosigkeit, in zerrissene Berufsbiographien und in Beschäftigung unter dem Qualifikationsniveau, insbesondere bei Frauen und Jugendlichen. Ein, allerdings weniger gravierendes, Detail ist die sogenannte *Akademikerarbeitslosigkeit*. Hier liegt das Problem eher im Bereich unterqualifizierter und berufsfremder Tätigkeit.

Was langfristig aus dieser Erosion sozialer Verhältnisse folgt, läßt sich nur begrenzt überblicken. Schwere Erschütterungen der Gesellschaft scheinen jedoch kaum vermeidbar. Neben der bereits akuten, gewaltbereiten Radikalkritik von rechts kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich als Folge wirtschaftlicher Ausgrenzung künftig ein links-radikales Chaotikum stärker ausbreitet. Das neoliberale Gesellschaftsverständnis steht dem ziemlich ratlos gegenüber. Unter den gegenwärtigen Umständen bleibt einzig jene »Uralterfahrung« gültig, daß gesellschaftliche Mißstände zu Rebellionen führen und daß diese immer anders begannen und anders verliefen, als erwartet wurde.

Auch das aus der Bildungsdifferenzierung resultierende soziale Gefälle kann auf absehbare Zeit nicht überwunden werden. Jedoch läßt sich seine weithin beschädigte soziale Verträglichkeit verbessern oder wiederherstellen. Notwendig dazu ist unter anderem die Verbesserung der öffentlichen Ordnung, die Gewährleistung von mehr Rechtssicherheit, mehr gesellschaftliche Aktivität in »freier Trägerschaft«, die Steigerung des kulturellen kommunalen Angebotes im weitesten Sinne des Wortes. Die Bedeutung dieser Faktoren zeigen fast alle einschlägigen demoskopischen Untersuchungen. *Pierre Bourdieu* hat das Befinden seiner Tausenden von Probanden

Heute sind, trotz eines Anteils von mehr als 20 Prozent atJ mit Hochschulbildung (darunter aber ein großer Teil mit nicht abgeschlossener), noch weit unter 20 Prozent der Gesamtheit der Beschäftigten Hochschulgebildete. Sie werden in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 30 Prozent und mehr ansteigen. Ein weiteres Drittel wird eines mittleren Bildungsniveaus bedürfen, was man am besten durch eine Revitalisierung des Typs der *nichttechnischen* DDR-Fachschulen realisieren könnte (sie bildeten seinerzeit 46 Prozent aller DDR-Fachschulkapazitäten). Ein letztes Drittel umfaßt einfache Facharbeiter- und Anlernqualifikationen.

im suburbanen Umfeld französischer Großstädte auf die griffige Formel vom »Gefühl von beständiger Sinnlosigkeit« (Bourdieu 1997) gebracht.

Aber den entscheidenden Bereich stellt doch die unter den gegebenen Umständen weiterentwickelte Wirtschafts-, Arbeits- und Betriebskultur dar. Durch den Massencharakter dieser Sozialverhältnisse, insbesondere durch die kultivierende und zivilisatorische Wirkung von Bildung und Qualifikation, entstehen in allen Regionen beträchtliche Bevölkerungspotentiale, die durch ihre besondere Interessenlage fähig sind, eigene wirtschaftliche beziehungsweise berufliche Lebensinhalte hervorzubringen. Bei hinreichendem Masseneffekt sollte dies ausreichen, Eigentums- und Machteliten in ihrer disfunktionalen Wirkung und Selbstherrlichkeit zu beschneiden. Das heißt, eine zahlreiche hochgebildete und sozial-aktive Gesellschaftsschicht gibt Grund zur Hoffnung auf eine Alternative zur neoliberalen Versinterung und Unverträglichkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse. Hoffnungen, mehr nicht, aber immerhin berechtigte Hoffnungen. Einstweilen dominiert jedoch neoliberal inspirierte Borniertheit auch den Bildungsbereich.

Die neoliberale Unverträglichkeit von Bildung und Wissenschaft

Der neoliberale Zeitgeist reagierte auf das rapide Anwachsen der Bürger mit Hochschulqualifikation vor allem mit dem Horrorszenerium einer wachsenden strukturellen Fehlbildung des deutschen Beschäftigtenpotentials. Die Rede war – so *Helmut Kohl* 1986 – von der »Überproduktion von Qualifikation«. *Windolf*, den Diskurs Anfang der achtziger Jahre kommentierend, schreibt: »Arbeitslose Ingenieure, Lehrer und Juristen (später kamen Betriebs- und Volkswirtschaftler hinzu – H.M.) werden als besonders bedrohliches Signal einer wirtschaftlichen und politischen Krise wahrgenommen« (*Windolf* 1990: 203). Aus der Nahperspektive (1990) konnte *Windolf* offenkundig den mittelfristigen zeitlichen Horizont dieser Vorgänge nicht deutlich genug sehen. Die Umstellung der Wirtschaft auf hochqualifizierte Belegschaften kam langsamer in Gang, als der technische Fortschritt hatte vermuten lassen. Zudem wurden Arbeitsplätze im Bereich älterer Technologien beseitigt (vor allem in Banken und Verwaltungen, wo der PC-Einsatz traditionelle Tätigkeiten ablöste). Gleichzeitig begannen die staatlichen Einrichtungen, Arbeitskräfte freizusetzen. Diese Strukturwandlungen gingen vor allem zu Lasten der Frauen vor sich – zweifelsohne ein Verdrängungsvorgang, der eine hohe Quote Hochqualifizierter in der erwerbstätigen Bevölkerung zur Voraussetzung hatte.

Die Zahlen und einige sehr offenkundige Tatsachen in der Wirtschaft sprechen insgesamt jedoch gegen eine Apokalypse massenhaft sozialabgestürzter Akademiker. Nach einer neueren Statistik des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln (IDW 2000) gab es (1999) 198.000 Arbeit suchende Akademiker, 13 Prozent weniger als 1997. Ebenso viele waren es 1993. Bis 1997 war deren Zahl auf 227.000 gestiegen. Seit 1994 rechnet man mit ca. 275.000 Hochschulabschlüssen (1986 = 156.000), also sind heutzutage ca. 83 Prozent eines *Absolventen-Jahrgangs* akut arbeitslos. Ob 80 Prozent oder 100 Prozent eines Absolventenjahrganges: Die Arbeitslosenquote,

Schon seit längerem wird das Gespenst einer verheerenden Akademikerarbeitslosigkeit, begleitet vom Fehlen unmittelbar produktiv Tätiger mit hohen Berufsfähigkeiten beschworen. Ging man in den siebziger Jahren von 26.000 arbeitslosen Hochschulabsolventen aus (eine Zahl, die sich bis 1988 auf 140.000 erhöht hatte), so rechnete man für Ende der achtziger Jahre mit einer Arbeitslosenzahl, die einem vollen Absolventenjahrgang entsprach. Dies, so war anzunehmen, würde sich im weiteren Verlauf noch beträchtlich steigern. *Windolf* errechnete, daß bei einzelnen Gruppen ein verheerender Effekt eintrat. Vom Basisjahr 1975 aus gesehen, habe sich die Arbeitslosigkeit bis Ende der achtziger Jahre bei weiblichen Fachhochschulabsolventen auf 730 Prozent, bei Frauen mit Hochschuldiplom auf 1.519 Prozent erhöht. Das sei noch sehr unvollständig, weil ein beträchtlicher Teil der Frauen mit Fachhoch- und Hochschuldiplomen ziemlich bald aus der Erwerbstätigkeit verschwinde.

Das Institut der Deutschen Wirtschaft unterscheidet dankenswerterweise für 1999 zwischen West und Ost. Während 1999 in den westdeutschen Ländern 4.530 *weniger* Akademiker auf Jobsuche waren als 1998 (immerhin ein Minus von 3,1 Prozent), waren im geringer bevölkerten Osten 4.170 *mehr* arbeitslos – ein schon fast charakteristisch zu nennender Zuwachs von 7,9 Prozent.

bezogen auf die Frequenz des Hochqualifiziertenpotentials, ist offenbar seit den frühen achtziger Jahren ziemlich stabil geblieben.

Die Altersstruktur dieser Arbeitslosen wird leider nicht mitgeteilt. Sie verteilt sich aber mit Sicherheit über mindestens 30 Jahrgänge – zum höheren Alter hin vermutlich zunehmend. Das ergäbe durchschnittlich je Jahrgang eine Quote von 2,8 Prozent, wobei allerdings die (beträchtlich höhere) Rate bei den Frischdiplomierten nicht berücksichtigt ist (sie *soll* 1992 bei 22 bis 24 Prozent gelegen haben, gegenwärtig bei 11,8 Prozent (im Osten bei 5,3) – was unklar bleibt ist, ob es sich um einen Trend handelt oder bloß um »ein gutes Jahr«). Mitgeteilt wird auch nicht, wie viele eine berufsfremde Tätigkeit akzeptieren beziehungsweise weit unter ihrer Qualifikation tätig sind und es aufgegeben haben, in einen Beruf mit wissenschaftlicher Qualifikation zurückzukehren. Gezählt werden nur die Unverzagten, die um entsprechende Arbeitsangebote nachsuchen. Es gibt das böse Wort, daß Deutschland die gebildetsten Würstchenverkäufer und Taxifahrer der Welt hat. Zugleich gibt es ein Konzept, der Wirtschaft per Greencard 30.000 hochqualifizierte Kräfte aus dem Ausland zuzuführen. Was hier deutlich wird, ist nicht das »Paradoxon der Bildungsexpansion« (IDW 2000: 218), das die Neoliberalen seit 15 Jahren umtreibt, sondern die Schwerfälligkeit einer nicht technik- aber wissenschaftsskeptischen neoliberalen Wirtschaft, notwendige Strukturumstellungen zügig und effektiv zu vollziehen. 2,8 Prozent je Altersjahrgang: Dieses Phänomen ist ärgerlich, aber nicht desaströs. Es handelt sich nicht um strukturelle Fehlbildungen, sondern um eine »Anpassungsschwäche«.

Es gibt daher keinen Grund, von einer verheerenden Akademikerschwemme zu sprechen, die man durch einen kräftigen Rückbau der Hochschulen austrocknen müsse. Vielmehr zeichnet sich gesamtdeutsch bei Ärzten, Apothekern, Lehrern, Naturwissenschaftlern und in Sozialpflegeberufen ein nicht unbedeutender Rückgang der Stellensuchenden ab. Im Falle der Informatiker vermutet die Bundesregierung bekanntlich ein Defizit von Zehntausenden, das sich fortsetzen wird. Statt eines errechneten Bedarfs von 45.000 betreiben derzeit nur 19.000 ein entsprechendes Studium. Wenn der Politiker *Rüttgers* »Kinder statt Inder« fordert, so verkennt er unter anderem die Schwierigkeit, deutschen Kindern die Akzeptanz von oder gar Begeisterung für Mathematik und Informatik beizubiegen.

Nun ist die Arbeitslosigkeit unter Hochqualifizierten nicht nur intern mit sich selbst, sondern auch extern zur Gesamtarbeitslosigkeit in Beziehung zu setzen. Es ist nachgewiesen, daß die Hochschulabsolventen deutlich weniger häufig arbeitslos sind als weniger hoch Gebildete. Der statistisch exakte Nachweis gilt jedoch als schwierig. Nach Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag sie im Sommer 2000 um 4,3 Prozent im Osten und 5,5 Prozent im Westen. Im Bundesland mit der höchsten Arbeitslosenquote in Deutschland, in Sachsen-Anhalt, lag sie bei 3,5 Prozent. Umgekehrt hat sich die Arbeitslosenquote bei Ungelernten drastisch erhöht: von 13,3 (1993) auf 25,8 Prozent (1998) (Daten IAG, © Globus 6418).

In diesem Phänomen stecken, wie erwähnt, zwei Effekte: ein positiv zu deutender, nämlich Bildung sichert – zumindest in einem

statistisch meßbaren Umfang – höhere beruflich-wirtschaftliche Disponibilität; und ein negativ zu deutender: höhere Bildung verdrängt in der Qualifikationsskala tiefer gelegene Beschäftigte.

Es gibt aber noch eine andere Wirkung, die weniger hartnäckig diskutiert wird. *Die vielen Hochqualifizierten treten als Konkurrenten gegen die an, die, auf bereits vorhandene Privilegien gestützt, in der Lage wären, den Gegenwert für ihre Bildung auch zu bezahlen* (die dies aber nicht tun, weil es in Deutschland – im Gegensatz zu den USA zum Beispiel oder zu englischen oder französischen oder gar japanischen Eliteinstituten noch keine Studiengebühren an öffentlichen Hochschulen gibt). Hierin verbirgt sich das eigentliche Problem. Offenbar sind die Arrivierten inzwischen in Sorge um ausbrechende Verdrängungskämpfe. Sie befürchten, daß durch Bildung soziale Chancengleichheit entsteht und daß damit die Anzahl der Fälle wächst, bei denen der soziale Aufstieg von der Leistung, vom persönlichen Format des Menschen abhängt und nicht von den Beziehungen in einem exklusiven sozialen Umfeld.

Allerdings führt die »Bildungsexpansion nicht – wie oben schon erwähnt – dazu, daß die sozialen Unterschiede schlechthin ausgeglichener und verträglicher werden, sondern sie trägt eher dazu bei, daß diese sich revitalisieren und an Unverträglichkeit gewinnen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß durch die Expansion der Hochschulbildung ein Moment der sozialen Egalisierung in die Gesellschaft kommt. Es ist schon gravierend, ob eine Person von 450 den Status der Hochqualifikation erlangt (wie im Wilhelminischen Preußen) oder 25 von 100. Es ist dabei aber nicht anzunehmen, daß ein solcher Effekt nur in eine einzige Richtung wirkt.

Bildung ist eben nur *eine* Komponente in der auf Arbeitsteilung beruhenden sozialen Struktur. Sie ermöglicht ein fortgeschrittenes Maß an Chancengleichheit, weil sie eine Ressource ist, die Menschen beim Ausbau ihrer sozialen Lage nutzen können, aber sie ist ein unsicherer Besitzstand – im Unterschied zum Eigentum an Kapital, an Immobilien, zu familiärer Statuszugehörigkeit –, denn es hängt vom Angebot an Arbeitsplätzen ab, ob man seine Qualifikation verwerten kann oder nicht.

Daraus ergeben sich konfliktreiche Konsequenzen: Hochqualifikationen sind eine Ressource, eine sichere Lebensrevenue elitärer und arrivierter Schichten, die, insoweit sie die Schlüsselposition in Wissenschaft und Forschung besetzt halten, damit zugleich einen wirksamen Beitrag für die Weltgeltung deutscher Technik und Wirtschaft leisten. Sie sind eine »meritokratische Elite« mit ausgeprägten Schließungstendenzen, aber zugleich auch eine »Funktionselite«, die einen bestimmten Bedarf an Erneuerung und Revitalisierung durch den Zustrom hochbefähigter Menschen hat.

Insofern aber moderne Hochqualifikationen diesen exponierten Personenkreis überschreiten, also wirklich massenhafte Qualifikationen sind, sind sie ein einfaches, aber ebenso vielseitig wirksames Strukturelement im gesellschaftlichen Organismus. Der heute in den jüngeren Jahrgängen erreichte Stand von 25 Prozent atJ ist nur ein Durchgangsstadium. Er ergibt sich daraus, daß Umstände eingetreten sind, daß die Marge von 30 Prozent, wohin die Dinge am Ende der achtziger Jahre tendierten, inzwischen wieder unterschritten wurde.

Woher wir kommen, kann man bei *Windolf* dokumentiert finden, wenn er mitteilt, wie sich die Studierenden in einer extrem klassenprivilegierten Gesellschaft, dem Wilhelminischen Deutschland, zusammensetzten. Bei Ärzten, Apothekern, Rechtsanwälten/Richtern lag 1887 die Weitergabe des Berufs an den Sohn bei oder über 60 Prozent. 1887-1891 gehörten die Eltern (Väter) der 12.565 Studenten Preußens zu ca. 23 Prozent der gesellschaftlichen Oberschicht an, Unternehmer, Handwerker und Kaufleute waren mit 35 Prozent vertreten, mittlere Beamte mit 21 Prozent, mittlere und kleine Landwirte mit 12,5 Prozent. Väter mit dem Status Angestellter und Arbeiter zählten 0,4 Prozent (vgl. *Windolf* 1990: 58; eigene Berechnungen). Bis 1934 hatte sich diese »Berufsvererbung« auf über 70 bis 81 Prozent verstärkt (vgl. *Windolf* 1990: 78). Diesen Trend verfestigte die Nazi-Herrschaft durch die von ihr betriebene berüchtigte Schließung (starke Zugangsbeschränkung) der Universitäten und Hochschulen.

Die moderne Gesellschaft muß sich folglich entscheiden: Sollen Bildung und Wissenschaft, woraus sie erwächst, vorrangig ein Funktionselement moderner Ressourcenverwertung sein, vereinnahmt von einer Minderheit meritokratisch-funktioneller Eliten, was nach Lage der Dinge immer auf die Verwertung von Kapital hinausläuft; sollen Bildung und Wissenschaft also eine Veranstaltung sein, die von der Wirtschaft, das heißt von den großen Unternehmen dominiert wird, oder ein Kulturgut moderner Zivilisation, ein Element moderner Lebensqualität? Was nicht ausschließen würde, daß man auch, je nach den konkreten Umständen, einen nachhaltigen wirtschaftlich-produktiven Gebrauch davon machen kann.

Mehr noch, sollte man nicht annehmen, daß die Wirkung von Bildung und Wissenschaft viel nachhaltiger sein würde, solange sie nicht vereinnahmt ist von elitären Sonderinteressen und sekretiert wird von der auf einzelne wirtschaftlich-technische Ziele gerichteten und beschränkten Verwertung? Kann man also aus der konservativ-liberalen Unverträglichkeit von Bildung und Wissenschaft, soweit sie eine Massenveranstaltung ist, herauskommen und diese Lebenselixiere der Gesellschaft anders, sowohl komplexer als effektiver in den sozialen Organismus und seine Stoff- und Wertkreisläufe einordnen?

Die Frage ist hier – und das ist der eigentliche dissente Ausgangspunkt des Hochschuldiskurses –, wie man sich die kommende Gesellschaft vorstellt: als ein arbeitsteilig differenziertes homöostatisch-systemisches Sozialgebilde oder als ein von Verdrängungskämpfen, von feindlichen sozialen Polarisierungen, Interessendissens und Strukturanachronismen versinterter und vernarbter Torso, in dem das sozial Überalterte nicht vernünftig absterben und das Neue nicht recht gedeihen kann – in welchem die weitere Expansion der Hochschulen als unmöglich und dafür ihr Rückbau als unvermeidlich angesehen werden.

›*Stagnative Förderung*‹ als *Rettung des Bildungsprivilegs*

1977 ereignete sich eine entscheidende Zäsur im bundesdeutschen Hochschulwesen. Die Zulassungsbeschränkungen wurden weitgehend aufgehoben. Die Zahl der *Studienanfänger* stieg zwischen 1978 und 1987 um 27 Prozent. Das geschah jedoch extrem fächer-spezifisch. So stieg der Zuwachs in den Wirtschaftswissenschaften bei Männern um 70 Prozent, bei Frauen um 179 Prozent (vgl. Windolf 1990: 111).

Ohne sich in der Menge möglicher statistischer Untergliederungen zu verlieren, ist leicht einzusehen, daß die rasche Erweiterung der Zahl der Studierenden in den siebziger und achtziger Jahren einem Doppeleffekt geschuldet war. Die Veränderungen in der Produktion, in der Industrie, in der gesamten Wirtschaftsstruktur, das hohe Innovationstempo der Technik und das Anwachsen des tertiären Sektors, die in den frühen sechziger Jahren einsetzten und die sich immer mehr steigerten, haben zu einer anderen Lage im Arbeitskräftebedarf geführt. Das Qualifikationserfordernis stieg, der Typus des wissenschaftlich gebildeten, das heißt, geistig umsichtig und selbständig arbeitenden Beschäftigten wurde nun massenhaft verlangt. Daraus gingen dann Tätigkeiten hervor, die sich von den herkömmlichen

durch vielseitigere Anforderungen und mehr geistige Inhalte unterschieden, die weniger körperlich anstrengend waren, weniger monoton und schmutzig und die zudem Aufstiegsmöglichkeiten versprachen.

Natürlich veränderte das die Vorstellungsmuster von einer modernen Arbeitswelt bei Millionen Menschen. Das Bedürfnis, solche Berufe zu erlernen, stieg steil an. Zwar blieb die BRD dabei hinter den USA und Japan weit zurück, aber der Druck der Bevölkerungsbedürfnisse nach höherer Schulbildung verstärkte sich stetig.

Per politischer Entscheidung wurde schließlich, gegen den Protest der Konservativen, die Limitierung der Ausbildungsplätze an Universitäten und Hochschulen abgeschafft. Es wurde schnell klar, daß die ohnehin schon hohen Studienfrequenzen der späten siebziger Jahre nur ein Anfang waren. Auf diese Erwartung hin passierte das, was vorherzusehen war. Die Meinungsführer der Öffentlichkeit reagierten pessimistisch, abwertend auf die »nichtintendierten Folgen der Bildungsexplosion« (vgl. Windolf 1990: 200). Es wurde die oben erwähnte »Apokalypse« der Akademikerarbeitslosigkeit errechnet. Zugleich wurde »arbeitsteilig« ein düsteres Szenarium für die Universitäten und Hochschulen entworfen. Vor allem wurde beklagt, daß keine Eliteausbildung mehr stattfände, daß die Universitäten »in der Masse ersticken« werden (so der spätere bayrische Wissenschaftsminister *Wild* in: Stifterverband 1981). Es entstand der Kampfbegriff der »Massenuniversität«. Im common sense der bundesdeutschen Gesellschaft ist also genau das passiert, was *Max Weber*, der »für diesen Prozeß bereits den Begriff der ›sozialen Schließung‹ geprägt« hatte, über ihre Vorgehensweisen erkannt hat. *Windolf* beschreibt dies, *Weber* folgend, so: »Eine soziale Gruppe sichert ihre (wirtschaftliche) Macht, indem sie konkurrierende Gruppen von den Ressourcen und Mitteln der Machterhaltung ausschließt« (Windolf 1990: 54). Aber auch für die potentiellen »parvenüs« hat dies Konsequenzen, denn »sozialer Aufstieg durch die Universität kann nur gelingen, wenn das Diplom ein knappes Gut bleibt« (Windolf 1990: 55).

Die Apologeten des status quo erweisen sich in Wirklichkeit rasch als Anwälte der privilegierten Schichten, die in der Öffnung des Bildungssystems eine ungerechtfertigte Freigabe von Ressourcen zur persönlichen Aneignung durch unerwünschte »newcomer« und eine ihnen dadurch erwachsende Konkurrenz bei der Verteilung und Umverteilung von Sozialprodukt erblicken. Jedenfalls ist die größere Öffnung des Bildungssystems und die soziale Schließung der Universitäten und Hochschulen (wie schon wiederholt in der europäischen Geschichte) das in den Unterströmungen des common sense der Arrivierten wirkende Agens des Umganges mit ihnen.

Von den eher verbalen Ruppigkeiten, mit denen das konservative Lager Anfang der achtziger Jahre und im Zusammenhang mit der konservativen »Wende« 1982 auftrat, ist man längst zu ökonomischen Pressionen übergegangen. Das erfolgte zunächst indirekt, hat sich aber heute zu sehr unmittelbaren Formen gemausert.

Bevor in den neunziger Jahren zur direkten Reduzierung oder Austrocknung von Hochschulpotentialen übergegangen wurde, wurde nach dem 1977er Öffnungsbeschluß zunächst einmal eine

Der renommierte bildungspolitische Korrespondent der *DUZ*, *Karl-Heinz Reith*, listet den neoliberal-konservativen Widerstand gegen die Bildungs- und Hochschulexpansion am Beginn der achtziger Jahre wie folgt auf: »Zusätzliche Übergangshürden zum Gymnasium und Druck auf Grundschullehrer, wieder mehr Kinder in die Hauptschule zu schicken. Noch Anfang der 80er Jahre gab es im Bundesbildungsministerium einen Staatssekretär, der den Ländern vorschreiben wollte, höchstens 16 % eines Jahrganges zum Abitur zuzulassen. Der ›BAFÖG-Kahlschlag‹ unmittelbar nach Amtsantritt der Regierung Kohl ... die falsche Horrorprognose der Bund-Länder-Kommission über eine angebliche ›Akademikerschwemme‹ Mitte der 80er Jahre – oder zehn Jahre später die groß aufgemachte ›Spiegel‹-Serie über den ›Dr.-Arbeitslos‹: Das alles zielte darauf an, junge Menschen vom Studium abzuschrecken« (Reith 2000).

Von ca. 800.000 (1975) stieg die Anzahl der Studenten (altes Bundesgebiet) auf 1.530.000 (1991) – eine Steigerung von 100 auf 191 Prozent; die Anzahl der Professoren aller Hochschultypen jedoch von 24.000 auf nur 25.600 – eine Steigerung auf 106,7 Prozent (vgl. BMF&T: 165). Die Proportion zum Mittelbau, dem für die studentische Betreuung bekanntlich eine große Bedeutung zukommt, gestaltete sich nicht viel günstiger. Er erweiterte sich von 58.300 Beschäftigten 1975 auf 72.600 1994/95. Das sind 124 Prozent, wobei bis 1985 eine Erweiterung nur um 2.000 Beschäftigte stattfand, also auf 103,8

Prozent (!). Der mit Dauerstellen ausgestattete Mittelbau ist heute, nach langen Jahren schmerzhafter Reduzierung – bis auf eine Restgröße – so ziemlich abgeschafft. Gleichzeitig mit einer gravierenden Verschlechterung der Ausbildungsleistung je Student in den achtziger Jahren sank der Finanzaufwand je Student um mehr als ein Drittel (lt. Statistisches Bundesamt, © Globus 6508, werden zur Zeit je Student ca. 100.000 DM ausgegeben. Darunter für einen Studenten der Humanmedizin 407.600 DM, für Sozial- und Geisteswissenschaften 71.800 DM und weiter abwärts bis 25.000 DM für den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler an Fachhochschulen). Zur Unterausstattung gehört auch das Phänomen, daß sich in Deutschland 1,8 Mio. Studenten 800.000 reguläre Ausbildungsplätze zu teilen haben.

Von ca. 80 Professoren naturwissenschaftlicher Fachrichtungen an fünf forschungsstarken Universitäten, die die Lage von Forschungsunits mit insgesamt 966 Beschäftigten reflektierten (vgl. Meyer 1995: 103, 105), gaben 38,5 Prozent auf die Frage nach einer defizitären Situation infolge der Überlast keine Antwort, 6,4 Prozent bezeichneten die Lehre als defizitär – dagegen 41 Prozent die Forschung und nur zwei Befragte meinten, daß Defizitäres in beiden Bereichen aufträte. Im Zusammenhang mit einer anderen Frage äußerten 74 Prozent, daß die Beanspruchung durch die Lehre »normal« sei, 23,7 Prozent, daß sie zu hoch sei. Obgleich, nach Fachrichtungen differenziert, einige bemerkenswerte Un-

verheerende Stagnation eingeleitet. Die Hochschulpotentiale wurden quasi eingefroren, während die Studentenzahlen explodierten. In bestimmtem Umfang wuchsen die Potentiale der Universitäten und Hochschulen zwar weiter, jedoch unbedeutend und verzerrt. Es wurde eine Art Doppelstrategie verfolgt, die zugleich beschleunigt und bremst – »stagnative Förderung«.

Zusammen mit der Stagnation der Personalkapazitäten entstand mit dem Anwachsen der Studentenzahlen jenes Mißverhältnis an den Hochschulen, das nur leidlich gemeistert werden konnte, wenn sich die Mitarbeiter, insbesondere die Professoren und ihre engeren Teams, zu einer außerordentlichen Arbeitsanstrengung entschlossen. Zum ambivalenten, zugleich sportlich-ehrgeizigen wie technisch-diskriminierten Begriff dafür geriet das Wort *Überlast*. Dem Gewichtsheber, der eine (für den Normalmenschen) lebensgefährliche Überlast stemmt, winkt olympisches Gold. Dem Truckbesitzer, dem die Polizeikontrolle Überlast bescheinigt, droht der Entzug der Zulassung. Das sind beachtenswerte Unterschiede. Ebenso ambivalent wird seit den frühen achtziger Jahren im Hochschulalltag dieser Zustand empfunden. Einerseits ist ein hohes Berufsethos kennzeichnend, andererseits ist die Lage für die Beteiligten (Personen wie Institutionen) ruinös.

Anfang der neunziger Jahre erschienen diese Verhältnisse eher als »normal«. »Normal« allerdings in einem ganz bestimmten Sinne. Dieser schloß die Überlastsituation ein und bekannte sich zu einer Bewertung, die der von *Hans-Dieter Narr* stammenden Formel »des Hochschullehrers Ekstase von Tugenden« folgte, was in zahlreichen Interviews, die der Autor 1994/95 durchführte, benannt wird als: »eigentlich ist es zuviel«, »eigentlich geht es nicht« – aber irgendwie kommt man eben doch zurecht. Ein Hochschullehrerleben, so wurde gesagt, ist eben kein »normaler« Beruf, es kennt keinen besinnlichen Feierabend nach vollbrachtem Tagewerk. Es kennt keine Trennung von Arbeit und Nichtarbeit. Es fordert die Totalität der Persönlichkeit, den uneingeschränkten Einsatz. Es erfordert unter Umständen ein berufliches Martyrium; wissenschaftliches Arbeiten sei Tätigsein in einer menschlichen, intellektuellen Grenzsituation (vgl. Meyer 1995: 103).

In dieser Situation soll der Personalabbau immer weitergehen. Inzwischen probt selbst der vielfach als penetrant apogetisch geltende sächsische Wissenschaftsminister *Hans-Joachim Meyer* den Aufstand. »Die Universitäten sollen mit der Faust auf den Tisch schlagen!« (DUZ 10/2000: 14f.) Er kündigte am 10. Juli 2000 seinen Rücktritt an, wenn der von der Landesregierung geforderte Abbau von weiteren mehr als 1.000 Professorenstellen in den nächsten drei bis acht Jahren vollzogen werden sollte (nach DUZ 14/2000: 6). In Berlin wurden von 1992 bis 1998, zusätzlich zum Abbau der ostberliner Hochschulkräfte, 1.000 Professorenstellen gestrichen – und der Abbau setzt sich fort.

Das Drittmittel-Syndrom

Was hier als »Überlast« in der Lehre dem Diskurs über die Lage der Hochschulen für mehr als ein Jahrzehnt eine dramatische Note gab, wirkte sich natürlich äußerst schädlich auch für die Forschung aus.

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist vom Auszug der Spitzenforschung aus den Universitäten die Rede. Erst wurde das bestritten, heute wird weithin die Forderung gestellt, die Universitäten und Hochschulen sollten in diesem Punkt vom übermäßigen Ehrgeiz Abstand nehmen und sich geeigneten Projekten der außeruniversitären Forschung an-dienen, insbesondere der Max-Planck-Gesellschaft. Da könnten sie dann Projektbereiche übernehmen, von denen sie nicht überfordert wären (vgl. Kreckel 1999).

Die Zauberformel für die Beseitigung materieller wie personeller Engpässe heißt – heute mehr denn je – Drittmittel. Was davon zu halten ist, verdeutlicht bereits ein kritischer Blick auf ihre Verteilung. Diese ist extrem linkssteil (Pareto-verteilt); das heißt, die Mittel sind nach dem Matthäus-Prinzip verteilt: wer da hat, dem wird gegeben werden. Und – wenn schon die im gesättigten Drittmittel-etat wühlenden Hamburger ihre Ausstattungen katastrophal finden, was erst bemerken die, die am mageren Ende der Drittmittelschlange stehen? Ein rundes Drittel der pareto-verteilten Drittmittel der DFG fließt nämlich nur zehn Hochschulen zu; zehn von insgesamt 315 (davon 70 in Ostdeutschland). Überhaupt fördert die DFG nur 89 Hochschulen, das sind 28 Prozent. Von diesen 89 erhalten 50 Prozent, 45 also, 90 Prozent aller DFG-Drittmittel (vgl. Kreckel in: DUZ 24/1999: 14f). Nun gibt es ja, wie man weiß, außer der DFG noch eine ganze Reihe anderer Fördergesellschaften, die Volkswagenstiftung, den Stifterverband der deutschen Industrie, ferner einige Hundert Spezialstiftungen. Deren Mittel jedoch sind eher unbedeutend. Es ist eine Legende, wie *Adamczak/Döge* (1994) nachwiesen, daß über Drittmittel die Industrie einen bedeutenden Anteil der Hochschulforschung finanziert – er betrug, alles in allem, nur sieben Prozent!

Anders die staatliche Förderung der Industrie. Spätestens seit den Recherchen von *Edelgard Bulmahn* (1996) ist es öffentlich, daß sich nur 30 Empfänger fast die Hälfte der Fördermittel des BMBF und des BMWi teilen. Unter Berücksichtigung der Tochterunternehmen von Großkonzernen und der Fördermittel, die vom Verteidigungsministerium sowie von der Europäischen Raumfahrtagentur in die Industrie fließen, errechnete sie allein für den Daimler-Benz-Konzern 2,4 Milliarden F&E-Fördermittel, das sind, um einen Maßstab zu finden, 48 Prozent (!) aller Mittel, die (allein) das BMBF an die deutsche Wirtschaft ausreicht.

Der Reform-Diskurs: Was soll und was kann reformiert werden?

Dieter Simon (1992), seinerzeit Präsident des Wissenschaftsrates, hat seit Jahren auf der Kritik bestanden, daß der Diskurs um die Reform der Hochschulen um immer die gleichen Themen mit immer den gleichen Forderungen geführt würde. Und der respektlose »Reform-Kritiker« *Ernst-Joachim Meusel*, der aus dem Management einer Großforschungseinrichtung kommt, bemerkt, daß der 54seitige Thesenentwurf des Wissenschaftsrates vom 7. Juli 2000 eine »prä-tentiose Wiederholung von Uraltforderungen« auflistet (Meusel in: DUZ 14/2000: 7).

Diese erstaunliche »Kontinuität« bei den Problemfeldern fordert zwei Fragen heraus: Warum werden immer wieder die gleichen

terschiede auftreten, liegt die Statuszufriedenheit bei der Lehre um ein Mehr-faches über der bei der For-schung.

Die Zeichen stehen auf Stagnation und Erosion. Nordrhein-Westfalen hatte 1977/78 281.000 Studenten, 1987/88 435.000, zur Zeit sind es mehr als 500.000 – Tendenz steigend. Dafür sollen demnächst 2.000 Stellen für wissenschaftliches Personal, insbesondere Professorenstellen, gestrichen werden.

Im März 1999 veröffentlichte der bekannte Hochschulpoli-tiker und langjährige Präsi-dent der Universität Ham-burg, Deutschlands reich-ster Stadt, *Jürgen Lüthje*, einen Beitrag in der *DUZ*, in dem er darauf hinwies, daß die Hamburger eine Spitzenstellung im Einwer-ben von Drittmitteln einneh-men. Mit 150 Millionen DM DFG-Gelder finanzierten sie exzellente Projekte mit 2.000 Personalstellen. Trotz Steigerung der Mittel für Großgeräte sei die Ausstat-tung dennoch katastrophal (vgl. *DUZ*, 5/1999). Zu fragen wäre allerdings, was das nun für Spitzenprojekte sind, die mit einer derart katastrophalen Ausstattung betrieben werden?

Mängel thematisiert? Und ist nicht zu unterstellen, daß diese hier genannten wünschenswerten Zustände alle irgendwie im Leben der Universitäten und Hochschulen schon existent sind? – denn bemerkenswert ist der bei der Aufzählung der Mängel ostentativ benutzte Komparativ (mehr, besser, höher, schneller, weiter, größer usw.) – eine Sichtweise, in der sich ein bemerkenswertes Therapiekonzept offenbart.

Es setzt die Eignung des Gegebenen voraus, die ›Richtigkeit‹ von Struktur und Funktion – nur, man muß sie vollkommener handhaben, die Möglichkeiten besser nutzen, mehr und besser arbeiten, intelligenter, kreativer denken ...

Der medizinische Begriff ›Neurasthenie‹ erscheint völlig angemessen, weil es sich bei den Erfolgsminderungen nicht um fehlendes intellektuelles Potential handelt, sondern um funktionelle Blockaden, die eine größere Leistungsausschöpfung verhindern und Fehlschaltungen auslösen.

Der fehlerhafte Ansatz von dieser Art Hochschuldiskurs besteht darin, daß bloß kontemplativ Fehlentwicklungen, Defizite, Disfunktionen usw. aufgezählt, vervollständigt und beschrieben, in eine imperative Ausdrucksweise und sozusagen auf den neuesten Stand gebracht werden, ohne dazu überzugehen, ein Funktionsmodell zu entwickeln, das sie überwindet. Gegen dieses Beharrungssyndrom ist voreilend festzustellen, daß es sich weder um eine bloße Summe von Defiziten handelt, die auf eine oder zwei Ursachen oder einige Konstruktionsfehler hinauslaufen, noch um »das beste Wissenschaftssystem der Welt«, das nur nicht intelligent genug und hingebungsvoll bedient wird. In der Tat handelt es sich beim deutschen System von Wissenschaft, Forschung, Hochschulen und industrieller F&E (WFH.F&E-System) um ein geschichtlich gewachsenes, hochgradig optimiertes Gebilde, dessen Defizite einerseits aus der immerwährenden Zerrissenheit von Wissenschaft und Gesellschaft, zum anderen aus den vom Globalisierungssyndrom multiplizierten systemischen Disharmonien des Neoliberalismus stammen. Was Kritiker und Reformen an Defiziten auflisten, entspricht einem Syndrom von Disfunktionen, einer Art Funktionsneurasthenie oder Organinsuffizienz, zu deutsch: einem spezifischen Schwächezustand, der – soweit das nichtoptimale Funktionieren derart komplexer Systeme überhaupt behebbar ist – aus zwei Anachronismen resultiert: aus der marktwirtschaftlichen Verstrickung der für Wissenschaft und Forschung benötigten Ressourcen und aus ihrer Einordnung in wissenschaftsunspezifische Politikzusammenhänge, insbesondere ihre Bindung an fiskalische Zwangslagen, die wiederum herrühren aus wissenschaftsfremden Machtkonstellationen.

Bereits 1993 kritisierte *Rainer Rilling* im BDWi-Organ *Forum Wissenschaft* den Bundesforschungsbericht als »Sprache der Ökonomie«, als Ausdruck der Bestrebung, Wissenschaft und Hochschulwesen unter das Dirigat der wirtschaftlichen Großunternehmen zu stellen (vgl. Rilling 1993). Diese Art Hochschulpolitik ist seit Jahren in vollem Gange. Die fortschreitende relative und absolute Reduzierung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Wissenschaft und Hochschulwesen und die Verringerung der Forschungsausgaben durch die Unternehmen selbst, sollte durch eine, wie es dann später hieß, ›betriebswirtschaftliche Umorganisation‹ der Hochschulen kompensiert werden. Weniger Mittel, diese aber hochgradig wirtschaftlich-industriell verwerten, das war die Forderung, an der sich die ganze innere Struktur der Hochschulen ausrichten sollte. Eine solche Umsteuerung stand von Anfang an im Gegensatz zu den

Prinzipien, nach denen Wissenschaft zum bedeutendsten Erfolgsunternehmen in der Menschheitsgeschichte geworden ist.

Der an den Hochschulen sich bildende Widerstand gegen diese neoliberale Gegenreformation ist jedoch in drei strategische Ansätze zerklüftet: (a) In einen mitgestaltenden, die Grundidee *mittragenden Parallelkurs*, der nur punktuell aus Gegenentwürfen besteht; (b) in eine Bewegung, die *selbständige Reformprojekte* ausarbeitet mit dem Versuch, den fiskalisch-neoliberalen Grundansatz stark zu modifizieren, ohne ihn grundsätzlich abzulehnen; (c) in eine Bewegung *mit prinzipiellen Gegenentwürfen*, die, allerdings auf sehr verschiedene Weise (und leider nicht immer dezidiert anti-neoliberalistisch), einen ›ordnungspolitischen‹ Entwicklungsansatz vertritt. Ihre Grundlage ist das Konzept einer besonderen, konstitutiven Rolle von Wissenschaft und Bildung in der modernen Gesellschaft.

Gegen die Dominanz neoliberaler Verwertungslogik muß eingewandt werden, daß es heute erbärmlich stände um unsere Kultur, wenn wir nur das hätten, was sich in früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten bezahlt gemacht hat. *Goethe* und *Schiller*, *Herder* und *Wieland* in Weimar haben sich nicht rentiert, sie hat der Großherzog bezahlt. Den einen besser, den anderen schlechter. Hätten die Völker Europas nicht den Ersten und Zweiten Weltkrieg bezahlen müssen, wäre Geld dagewesen ein Jahrhundert lang für ein Vielfaches von dem, was eine üppigst ausgehaltene Wissenschaft je hätte verbrauchen können. Würde nicht die exponentielle Geld- und Kapitalverwertung im Globalisierungsprozeß der wirtschaftlich führenden Länder die originären Springquellen ihres gesellschaftlichen Reichtums für die jeweils nächsten Runden der Geldverwertung aufsaugen, wäre auch heute genügend disponibles Geld da.

Dennoch ist jedem klar, daß gegenwärtig ein Betrag, der drei Prozent des Bruttosozialprodukts deutlich übersteigt, nicht aufzubringen wäre, weil dies erbitterte Interessenkämpfe auslösen würde. Jede Regierung, die das versuchte, würde darüber stürzen. Die Machtverteilung in den modern-bürgerlichen Ländern läßt nur einen geringen Spielraum zur Veränderung der entstandenen Umverteilungsproportionen zu. Es ist also alles ›nur‹ eine Frage des praktizierten Gesellschaftsmodells und den daraus folgenden Steuerungs-, Regelungs- und Umverteilungsprozeduren.

In jüngster Zeit sind nun, neben anderen, zwei neue Initiativen spektakulär in die Öffentlichkeit gelangt: das sogenannte *Manifest der Berliner Hochschulrektoren* und das von der sogenannten Mittelstraß-Kommission entwickelte *Konstanzer Konzept*, das als das radikalste aller bisherigen Reformpapiere gelobt wird. Jedoch ist damit, daß man ein ›besseres‹ Modell von Hochschulen und Universitäten erfindet, das Syndrom der Neurasthenien und Insuffizienzen der Hochschulen nicht aufzulösen. Die Überwindung der universitären Funktionsdefizite ist ein evolutionärer Prozeß – der Evolution von Funktionsweisen und der ihnen zugrunde liegenden Strukturen. Das dafür zuständige, leistungsfähige Prinzip ist das der *Selbstorganisation der Wissenschaft*, ein Prinzip, das sich in den Jahrhunderten, bis weit zurück in die Blütezeit der arabisch-maurischen Kulturen, erfolgreich behauptet hat, und zwar trotz vielfacher administrativer und fiskalischer Eingriffe. Der Kern der am historischen Grundmuster der

Wenn heute in modernen Gesellschaften nicht 2,6 oder 3,1 Prozent des Bruttosozialproduktes für Hochschulbildung, Wissenschaft und Forschung aufgewendet würden, sondern, sagen wir, das Dreifache, würde deshalb keiner hungern oder notleiden müssen; auch die Investitionen wären nicht gefährdet. Im Gegenteil, nach einer vielleicht turbulenten Übergangszeit würden Rückkopplungseffekte eintreten, die das Bruttosozialprodukt und die Lebensqualität in einer heute unvorstellbaren Dimension steigern würden.

Der derzeitige Rektor der Universität Rostock Prof. Günther Wildenhain (Mathematiker) behauptete vor einer Enquêtekommision des Schweriner Landtages, man müsse die Wissenschaftspotentiale, die die DDR geschaffen hatte, heute deshalb abbauen, weil sie zu groß seien. Sie hätten infolge ihrer Überdimensionierung entschieden zum Bankrott der DDR beigetragen, eine solche Wirkung auf die Haushalte müsse künftig verhindert werden (vgl. Wildenhain 1998). Das soll hier erwähnt werden, weil selbst unter Wissenschaftlern sich kaum ein Konsens finden ließe, der von der Politik wenigstens eine Verdoppelung der heutigen Wissenschaftsausgaben fordern würde.

Wissenschaftsentwicklung orientierten Formen der Selbstorganisation besteht im innerwissenschaftlichen Diskurs und in der Gewährleistung eigenständiger Entwicklungsprozesse. In ›reiner Form‹ existierten diese Kernelemente nie, aber produktive Ansätze gab es in der *Ordinarienuniversität*, bevor sie erstarrte und pervertierte, gab es in den diversen Modellen der *Gruppenuniversität*, die dann vor allem exogenen Störgrößen unterlagen. Auch die heute in Vorschlag gebrachten Reformprojekte enthalten viele entwicklungsfähige Elemente wissenschaftlicher Selbstorganisation. Die Suche nach dem *einen und endgültigen Modell* kreativer Wissenschaftsorganisation ist müßig. Selbstorganisation ist nur möglich als strukturelle und institutionelle Pluralität. Hochschulen, die ihre arteigenen strukturellen Antinomien meistern, sind in vielerlei Gestalt möglich. Es wäre, was die Idee eines einzigen Erfolgsmodells anlangt, das gleiche, als wenn man von der Evolution der Tierwelt sagte, nur eine bestimmte Art könne vollständig den komplizierten Bedingungen des Ökosystems entsprechen. Daraus folgt vor allem, daß nicht die erwartete wirtschaftliche Verwertung über die Akzeptanz eines wissenschaftlichen Projektes, über die Notwendigkeit einer Forschungsrichtung, über die Zweckmäßigkeit eines Fächerangebotes befindet, sondern die Logik des wissenschaftlichen und kulturellen Fortschritts.

Die konservativ-liberale Ideologie sagt dazu, das mag ein sehr schöner, ein idealer Zustand sein, aber er ist nicht bezahlbar. Wissenschaft sei nur möglich, insoweit sie sich bezahlt macht. Daß die Hochschulen möglichst viel Erfolge in den industriellen F&E-Bereichen haben sollen, ist ein Nonsens. Was macht denn die unternehmenseigene F&E zwischenzeitlich, die (1998) mit 130.400 Wissenschaftlern, 157.600 Mitarbeitern und 57 Milliarden DM Aufwand ein eigenes innovatives Großsystem ist (vgl. Bundesforschungsbericht 1999/2000: 105f.)? Etwa sieben Milliarden DM von dieser Summe erhält sie aus öffentlichen Budgets, von den Hochschulen und von Non-Profit-Unternehmen. Umgekehrt werden die Hochschulen mit nur 1,5 Mrd. DM für F&E-Projekte von der Wirtschaft bezahlt. Das sind zwar knapp zehn Prozent der F&E-Mittel der Hochschulen, der Nutzen jedoch, den die Wirtschaft aus der Hochschulforschung zieht, ist bedeutend größer, denn für 13,5 Mrd. DM finanzieren Bund und Länder F&E-Projekte der Hochschulen (vgl. Bundesforschungsbericht 1999/2000: 100).

Über die industrielle Verwertung Ressourcen zu akquirieren, macht aus dem Blickwinkel der Wissenschaft nur Sinn, wenn damit die Grundlagenforschung nachhaltig gefördert werden kann. Das ist die wirksamste Form, den technischen Fortschritt zu unterstützen und ihn anzuführen. Natürlich versuchen die Unternehmen (erfolgreich), auf dem Umweg über die Akquirierung von Hochschulressourcen ihre eigenen Aufwendungen zu minimieren. Das darf nicht glorifiziert, dem muß ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Prozeß der Selbstorganisation, der Zug um Zug die Funktionsdefizite abbaut, muß durch die allmähliche Verdoppelung der Aufwendungen für die deutschen Hochschulen wirksam unterstützt werden. Diese Aufgabe muß die Politik lösen – aber die Wissenschaft muß dafür die Beweisführung und wirksame Initiativen beisteuern. Die Hochschulen des 21. Jahrhundert müssen eine große

geistig-kulturelle Mobilisierung der Gesellschaft ermöglichen. Es geht nicht an, daß Hochschulen vor allem die Arenen der Selbstverwirklichung von 10.000 bis 20.000 Genies und Wissenschaftsmandarinen im Range von Großprofessoren, Ordinarien und Dekanen bilden. Überhaupt braucht die moderne Gesellschaft keine privilegierte geistige Elite. Vielmehr sollten es 500.000 oder einige Beschäftigte mehr sein, die das wissenschaftlich befähigte Potential der Nation bilden, die an universitären Einrichtungen arbeiten und dort *ein schöpferisches Lebenswerk* vollbringen können; darunter ca. 100.000 bis 110.000 Forschungskräfte, einschließlich 40.000 Professoren. Diese 500.000 Hochschulbediensteten sollten von zwei Millionen junger Leute, oder einigen mehr, umgeben sein; von Studenten und jungen Doktoranden oder anderen Postgradualen, die sich eine fortgeschrittene Wissenschafts- und eine hochwertige Berufsbefähigung aneignen. Die Hochschulen sollten dabei innovative Zentren moderner, demokratischer, kreativer Lebensweise sein. Sie sollten durch ihre modernen Anforderungen an die Hochschulreife in größter Breite Motivationen und Impulse auf die begabte Schuljugend und auf die Elternschaft ausstrahlen.

Geschaffen werden muß dabei nicht ein neues Funktions- oder Erfolgsmodell, sondern eine im Prozeß der Selbstfindung entstehende Diversifikation und Typenvielfalt von Hochschulen und Universitäten, in einem Prozeß, in dem alles denkbar ist: Umstrukturierungen des Fächerkanons oder ganzer Universitätsbereiche, Ausgründung von Bereichen oder die vielfach oder immer in Rede stehenden technischen Dienste. Ferner: Fusionen, Schaffung von neuen Wissenschaftstypen, wie das in Konstanz vorgesehene Wissenschaftszentrum, Einrichtung von Kooperationspartnerschaften weltweit; und vieles andere mehr. Wir stehen nicht am Ende sich ausdifferenzierender Strukturen oder gar am Einstieg in ein nach Optimalitätskriterien verschnittenes, egalisierendes Dienstleistersystem, sondern an einer Zäsur des Hochschulwesens, das eine wesentliche Expansionsrunde hinter sich gebracht hat und nun die »logistische«, qualitative Phase seiner Ausbreitung und Bedeutungserhöhung gestalten muß. Gefragt sind dabei nicht administrative und fiskalische Normierungen, sondern evolutionäre Diversifikationen von Struktur- und Funktionszusammenhängen.

Literatur

- Baring, Arnulf: Deutschland, was nun?, Berlin 1991.
 Bibliographisches Institut (Hrsg.): Meyers Konversations-Lexikon, Leipzig und Wien 1897, Bd. 14.
 Bourdieu, Pierre (1997): Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft. Konstanz.
 Bulmahn, Edelgard: Großkonzerne bevorzugt, in: Die Woche vom 22. März 1996.
 Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 1993, Bonn 1993.
 Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 1990, Bonn 1990.
 Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) (Hrsg.): Bundesbericht Forschung, Bonn 1984.
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMB+F) (Hrsg.): Bundesbericht Forschung 1996, Bonn 1996.
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMB+F), Hrsg.: Bundesbericht Forschung 1999/2000, Berlin 2000.
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMB+F) (Hrsg.): Grund- und Struktur-Daten, Bonn 1994/95.
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMB+F) (Hrsg.): Grund- und Struktur-Daten, Berlin 1999/2000.

- Schulabschlüsse: Ost schlägt West, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 22/1999.
- Erichsen, Hans-Uwe: Zur Humboldtschen Universitäts-Idee: Humboldt ist in der Masse erstickt, in: Der Tagesspiegel vom 1. August 1993.
- Hoffmann, Dieter: Wissenschaft und Faschismus – das Beispiel der Berliner Physik, in: Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Manuskript-Druck der AdW Berlin, Berlin 1987, S. 371-382.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Daten der Bundesanstalt für Arbeit 1999, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 13/2000.
- Jahnke, Uli, Otto, Hansjörg: Stellen und Personalabbau an den Hochschulen 1989 bis 1992, in: Hilde Schramm (Hrsg.): Hochschule im Umbruch, Berlin 1993.
- Kingdon, Jonathan: Und der Mensch schuf sich selbst: das Wagnis der menschlichen Evolution, Basel 1994.
- Kreckel, Reinhard: Vielfalt als Stärke, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 24/1999.
- Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Presseinformation vom 14. Oktober 1992.
- Laitko, Hubert: Wissenschaft in Berlin – eine Problematik zwischen allgemeiner Geschichte und Wissenschaftsgeschichte, in: Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaft an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Manuskript-Druck AdW Berlin, Berlin 1987, S. 13 – 64.
- Laitko, Hubert et al.: Wissenschaft in Berlin: Von den Anfängen bis zum Neubeginn nach 1945, Berlin 1987.
- Laitko, Hubert: Soziogramm der Hochschullehrer und der Forscher der frühen Nachkriegszeit am Beispiel Berlins, Manuskript.-Archiv H.M. (2000).
- Marx, Karl: Das Kapital, Dritter Band, in: Marx-Engels Werke (MEW), Bd. 25, Berlin 1964.
- Meyer, Hansgünter: Die Paradoxien der Hochschulforschung und das Neugestaltungssyndrom, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB-Paper P95-401, Berlin 1995 (Texte zur Situation deutscher Hochschulen, Teil II), S. 103f.
- Meyer, Hansgünter: Die Krise im Hochschulwesen als Gegenstand wissenschaftssoziologischer Untersuchungen, in: UTOPIE kreativ, Nr. 90 (April 1998), S. 38-47.
- Studenten protestieren gegen Schließpläne, u.a. in: Neues Deutschland sowie Berliner Zeitung vom 5. Dezember 2000.
- Reith, Karl-Heinz: Einfach zuviel Warnungen, in: Deutsche Universitätszeitung (DUZ), 11/2000.
- Rilling, Rainer: Die Sprache der Ökonomie. Eine erste Bewertung des »Bundesbericht Forschung 1993«, in: Forum Wissenschaft, 3/1993, Dossier.
- Simon, Dieter: Die Quintessenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 51/92.
- Wild, Wolfgang: Ein Übermaß an Mittelmaß, in: Stifterverband der Deutschen Industrie (Hrsg.): Mittelmaß im Übermaß, Villa-Hügel-Gespräch am 29. September 1981, Essen 1982.
- Wild, Wolfgang: Vortrag. München 1981, zit. in: Wissenschaft, Wirtschaft, Politik, Heft 19, S. 4f.
- Wildenhain, Günther: Analyse zur Hochschulpolitik in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Hintergrund der Ausgangslage in den drei Nordbezirken der DDR, in: Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Aufarbeitung und Versöhnung: zur Arbeit der Enquête-Kommission »Leben in der DDR – Leben nach 1989«, Bd. VIII, Schwerin 1998.
- Windolf, Paul: Die Expansion der Universitäten 1870 – 1985. Ein internationaler Vergleich, Stuttgart 1990.

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Manuskripte 15

MICHAEL CHRAPA Politisches Handeln – Empirische Fakten und theoretische Überlegungen zu Handlungspotentialen in Ost und West

Projekt »Analysen zur politischen Meinungsbildung«

Berlin, März 2001

45 S., 4,80 DM

ISBN 3-320-02971-1